



FREIHEIT UND FAIRNESS

EIN KLEINES MANIFEST

Dr. Wolfgang Gerhardt
und Dr. Stefan Naas



Freiheit und Fairness

Ein kleines Manifest

Dr. Wolfgang Gerhardt
und Dr. Stefan Naas

2. Auflage

Vorwort

Die Welt war noch nie einfach, aber sie ist gegenwärtig außerordentlich unübersichtlich geworden: Kaum scheint eine Krise überwunden, türmt sich die nächste schon vor uns auf. Gewissheiten schwinden, einfache Antworten reichen nicht mehr aus. Ohne individuelle Mühe und enorme persönliche Anstrengungen kommen Menschen nicht mehr weiter. Das war schon immer so, aber gegenwärtig ist es durch den Krieg miten in Europa besonders dramatisch.

In solchen Zeiten findet wie immer ein Wettbewerb der einfachen Lösungen statt. Die politische Kommunikation ist dabei gnadenlos. Wer prüft und eine gewisse Skepsis pflegt, erhält kaum Aufmerksamkeit. Die lauten Stimmen werden hofiert, sie haben allerdings oft nicht die leiseste Ahnung.

Die FDP hat in einem solchen Klima keinen leichten Stand. Sie weiß um die Komplexität des Lebens, des Wirtschaftens und des Lernens, und manche Menschen empfinden sie deshalb als reichlich unbequem – weil sie jeden auch an die eigene Verantwortung erinnert. Politisches Verhalten bedeutet eben nicht, von der Obrigkeit Dinge zu erwarten, lehrte der Philosoph Karl Jaspers nach der deutschen Katastrophe, sondern von eigener Aktivität, und fügte hinzu, es sei jedermanns Mitverantwortung, wie er regiert wird.

In einer Zeit, in der autoritäre Systeme im Vormarsch sind und eine kulturelle Revolution gegen all das stattfindet, was für viele Menschen das Leben lebenswert macht, braucht die Freiheit Verteidiger mit Entschlossenheit, mit Überzeugung, mit Charakter, mit Stil und Humor. Wir müssen Menschen immer zuhören. Aber wir müssen ihnen auch gelegentlich sagen, was sie wissen müssen, auch wenn sie es nicht so gerne hören wollen. Gerade jetzt.

Wir wollen mit dem vorliegenden Manifest daher Antworten suchen auf die Frage: Was trägt den Liberalismus in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts – und was können wir für Hessen daraus ableiten?

Dr. Wolfgang Gerhardt

Ehrevorsitzender der Freien Demokraten Hessen

Dr. Stefan Naas MdL

Stellvertretender Vorsitzender
der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
und Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2023

Grußwort

Der Liberalismus hat sich überlebt. Er ist ein Relikt aus vergangenen Jahrhunderten. Die freiheitliche Bewegung hat sich zu Tode gesiegt. Solche Thesen liest man immer wieder. Es stimmt: Der Liberalismus hat einen über 200 Jahre andauernden Siegeszug. Aber auch heute wird er dringend gebraucht. Auch heute hat er Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit.

Der liberalen Bewegung immanent ist eine Philosophie, die ein zeitloses Erfolgsrezept für die Herausforderungen des 19., 20. und 21. Jahrhundert bietet: Den Einzelnen stark zu machen. Sich für seine individuellen Rechte und Chancen einzusetzen. Die Treibkräfte der Aufklärung und Wissenschaft zu nutzen. Und damit die Innovationskraft, Kreativität und Produktivität zu entfesseln. Oder neumodisch gesprochen: Der Liberalismus macht den Einzelnen zum Piloten seines eigenen Lebens.

Die Herausforderungen sind vielfältig. Ob Gesellschaftspolitik, wirtschaftliche Entwicklung, demographischer Wandel oder in der Bildung: Liberale Lösungen fangen beim Individuum an. Es soll die maximale Freiheit haben, solange andere von seinem Handeln nicht beeinträchtigt werden. Der Zeitgeist hingegen ruft nach dem Staat: Umverteilung, Verbote, Subventionen. Populisten bieten scheinbar einfache Lösungen. Der Liberale indes weiß um die Komplexität unserer Welt. Deswegen gibt er sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden.

„Bildung und Befähigung von Menschen zu selbstbestimmtem Leben und zur selbstbestimmten verantwortungsbewussten Teilhabe in Wirtschaft, Politik und Bürgergesellschaft.“ So steht es im Grundsatzprogramm der Freien Demokraten. Und es steht nicht irgendwo, sondern in Kapitel 1, auf Seite 1, also buchstäblich an erster Stelle. Genau das ist unser Ziel. Wie wir den Weg dahin gestalten können, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Bettina Stark-Watzinger MdB

Vorsitzende der Freien Demokraten Hessen

© Tobias Koch



Bettina Stark-Watzinger

geboren am 12. Mai 1968 in Frankfurt am Main.
Bundesministerin für Bildung und Forschung; Mitglied
des Deutschen Bundestages seit 2017; Präsidiumsmit-
glied der FDP und Landesvorsitzende der FDP Hessen.



Inhalt

1. Einfache Antworten haben Hochkonjunktur	8
2. Die Komfortzone Deutschland	9
3. Eine freie Gesellschaft war und ist immer ein großes soziales Experiment	11
4. Meinungsfreiheit achten heißt nicht, alles hinzunehmen.....	13
5. Gleichheit ist nicht gerecht, und Gerechtigkeit kann nicht Gleichmacherei sein	15
6. Das Recht auf Bildung verpflichtet zur Verantwortung, sie auch zu nutzen	17
7. Wettbewerb verhindert unkontrollierte wirtschaftliche wie politische Macht	19
8. Nachhaltigkeit wird durch Innovation erreicht....	21
9. Die Freiheit hat noch nicht gewonnen	23
10. Wofür stehen die Freien Demokraten in Hessen?	25
Es geht um unseren Wohlstand – Hessens Wirtschaft stärken	28
Chancen durch Bildung – Frühförderung und gute Schulpolitik in Hessen.....	29
Was uns antreibt: Die Freiheit jedes einzelnen	30
Mut, Entschlossenheit und Zuversicht – Aufruf an die Liberalen	31

1 Einfache Antworten haben Hochkonjunktur

Zu den Herausforderungen unserer Zeit gibt es eine Vielzahl eindrucksvoller Beiträge und erhebliches Engagement. Daneben gibt es allerdings auch Beiträge von aufsehenerregender Dürftigkeit und bei vielen Zeitgenossen eine Art Mobilmachung gegen alles, was Einsicht abverlangt. Was sich früher allenfalls der eigene Wellensittich anhören musste, erscheint heute im Internet. Unsere Medienlandschaft liefert neben ernsthafter, seriöser Information und einer Breite von klugen Kommentaren auch eine Art von alarmistischem Aufregungsdienst. Im Fernsehen wird selbst der trockenste Bericht mit einem Tonspureffekt versehen, der eine Dramatik auslöst, als sei Gefahr in Verzug. Wenn morgen der Weltuntergang bevorstünde, so der Kabarettist Vince Ebert, würde die Süddeutsche Zeitung mit dem Titel „und Bayern trifft's am härtesten“ aufmischen. Argumente spielen nicht immer die Rolle, die sie spielen müssten. Im Gegenteil: Wer abwägt, gilt in manchen Kreisen mit dramatischer Weltsicht und seelischer Aufgewühltheit eher als unsensibel.

Menschen wollen zwar immer die Wahrheit hören, wählen aber oft die Märchenerzähler. Sie greifen zu verführerischen Angeboten aus der politischen Apotheke, lesen dabei aber nicht deren Beipackzettel, achten nicht auf Nebenwirkungen und Verfallsdaten. Geht es schief, sind immer die anderen schuld. Die Kunst, es nicht gewesen zu sein, für nichts verantwortlich und an nichts beteiligt gewesen zu sein, ist argumentativer Marktführer in Deutschland.

2 Die Komfortzone Deutschland

Deutschland ist ein Land mit großen Potentialen. Lernen ist seine unerschöpfliche Ressource. Technische Höchstleistungsfähigkeit ist sein Markenzeichen. Freiheit, Rechtsstaat, stabile Institutionen und soziale Marktwirtschaft sind Garanten seiner Stabilität. Kooperation und Integration bestimmen seine Visitenkarte weltweit, im transatlantischen Bündnis und der Europäischen Union.

Das alles wird uns aber nicht geschenkt. Es muss täglich neu erarbeitet werden, denn es gibt keine Stammplätze auf dieser Welt. Das gelingt nur, wenn faire Spielregeln für den Wettbewerb gesetzt, Innovationen begünstigt, Eigenverantwortung gestärkt, Zukunftsvertrauen ausgestrahlt und die Menschen ermutigt werden. Gerade daraufhin wird allerdings leider in Deutschland nicht ausreichend trainiert. Nachhaltigkeit ist in Deutschland zu oft nur auf das Ökologische beschränkt.

CDU/CSU, SPD, die Grünen und die Linken haben das Schwergewicht ihrer Programmatik in einen Überbietungswettbewerb nach dem Motto „Wer bietet mehr?“ mit moralischen Pathosbotschaften zur Verbesserung der Komfortzone Deutschland verschoben. CDU und CSU erleben seit einiger Zeit das, was Beobachter zu Recht als Sozialdemokratisierung bezeichnen. Die SPD, die zunehmend von der Agenda 2010 abrückt, kämpft um ihre diesbezügliche **pole position**. Sie war außerdem ohnehin schon immer der Auffassung, dass sich die Übel der Welt am besten durch die Ausweitung der Staatszone bekämpfen lassen. Die Grünen betreiben eine Sozialstaatsvöllerei, die jede ökonomische Vernunft verhöhnt, schrieb ihr früherer Bundestagsabgeordneter Oswald Metzger. Ganz zu schweigen von der Linken, die davon überzeugt ist, dass ihr die Sorgen der Menschen sowieso ganz allein gehören.

Diese Parteien verfolgen kein emanzipatorisches Projekt, sondern das Ausstellen von ungedeckten Schecks auf die Zukunft jener, die heute noch keine Stimme haben. Die Agenda 2010, die Deutschland als erfolgreichstes Land Europas beschäftigungssicher durch Krisen gebracht hat, wurde rückabgewickelt. Die Funktionsfähigkeit der Tarifvertragsparteien wurde geschwächt, der Generationenvertrag wird durch die Rentenpolitik gebrochen. Die Zukunft gilt als Abstellkammer, in die alles, was hinderlich erscheint, hineingestellt wird. Das ist keine Politik für soziale Gerechtigkeit, schon gar nicht Generationengerechtigkeit, sondern „rhetorische Wählerbewirtschaftung im Grundmuster einer weniger vitalen Gesellschaft“ (Sloterdijk).

Um das zu ändern, muss ein weitverbreiteter Politikstil zur Verteilung von Zuwächsen in der Gegenwart durch einen Politikstil der Bewältigung von Zukunftsaufgaben ersetzt werden. Dafür wiederum fehlen vielen in der Gesellschaft und Politik der Mut und der lange Atem. Es fehlt in diesem Zusammenhang überhaupt an einer Debattenkultur. Wir müssen weg von manchen hysterischen Gesinnungsdebatten – hin zu Zukunftsfragen ohne Gebrauch von Totschlagargumenten. Wir müssen die Menschen mit Wirkungszusammenhängen vertraut machen.

Es gibt kein Schulfach, keine Handwerksordnung und keinen Studiengang mit dem Ziel Diplombürger. Wir brauchen aber politisch gebildete Menschen, die die Triftigkeit von Argumenten beurteilen können. Dafür muss man nicht über Wissen auf allen Gebieten verfügen. Man muss nur darauf achten, dass die eigene Gesinnung nicht über das Urteilsvermögen obsiegt, und Unwissenheit nicht mit Haltung wettgemacht wird.

3 Eine freie Gesellschaft war und ist immer ein großes soziales Experiment

Wir alle leben in einem freien Land. Viele Menschen können allerdings mit dem Thema Freiheit nicht allzu viel anfangen. Freiheit erscheint ihnen nicht so bedeutsam, klingt für viele zu abstrakt oder zu metallisch. Nicht wenige fürchten sich vor der Freiheit. Andere sind ihr gegenüber zurückhaltend, weil sie anderen mehr nutzen könnte als ihnen selbst. Wiederum andere geben sich als Bedenkenträger und Mahner nach dem Motto, dass zuviel Freiheit schädlich sei, sie am Ende den Egoismus und die so oft erwähnte Ellbogengesellschaft fördere. Für manche Kulturrelativisten gibt es Gesellschaften, die für die Freiheit nicht geeignet sind. Freiheit, so ihre Auffassung, sei ein westliches Exportprodukt und dürfe anderen nicht aufgenötigt werden. Nichts davon ist wahr.

Wir halten dem entgegen: Freiheit und Menschenwürde sind universelle Werte. Sie spielen in den großen Dokumenten der meisten Kulturen eine bedeutsame Rolle. Viele Umbrüche im 21. Jahrhundert haben auf schmerzliche Weise gezeigt: Der Kampf der Freiheit gegen Regime, die ihre Macht gegenüber den Menschen missbrauchen, ist noch lange nicht gewonnen. Das Projekt Globalisierung kann sich nicht in wirtschaftlicher Zusammenarbeit erschöpfen. Freiheit und Menschenwürde gelten für alle Menschen: Jeder Mensch hat das Recht auf ein freies Leben. Die Würde eines jeden ist unantastbar.

Diejenigen, die sozialistischen Systemen noch immer etwas Gutes abgewinnen wollen, verweisen auf die Erfolge von Ländern, die soziale Not gelindert hätten, und soziale Not sei doch schließlich auch eine Menschenrechtsverletzung. In der Tat, so schrieb Ralf Dahrendorf, ist Not genauso schlimm wie Willkür. Aus Vorsicht vor Begriffsverwirrungen fügt er hinzu. „Freiheit ist für Liberale nicht verhandelbar. Freiheit ist nicht Gegenstand einer Prioritätenliste.“ Sie ist kein Luxus, der Menschen erst dann zusteht, wenn sie ihn sich in den Augen der Herrschenden verdient hätten. Freiheit bedeutet, nicht von der Gnade derer leben zu müssen, die stärker sind.

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht Recht und Gesetz, denn freie Gesellschaften gründen sich nicht zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen, die strenggenommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind, um ein halbwegs friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, schreibt Joachim Fest. Eine freie Gesellschaft ist damit immer ein soziales Experiment. Aber auf Recht und Gesetz allein kann sich eine freie Gesellschaft nicht gründen. Den anderen wahrzunehmen und zu erkennen, dass seine Menschenwürde die Grenze für den eigenen Selbstentwurf setzt, das ist Zivilisiertheit. Eine freie Gesellschaft muss aus sich heraus wertgebundene zivile und soziale Ressourcen entwickeln. Der Schutz des Schwächeren und des Fremden und der Respekt vor Minderheiten sind hiervon ein elementarer Teil.

4 Meinungsfreiheit achten heißt nicht, alles hinzunehmen

Mit Renaissance, Humanismus und Aufklärung hat sich in Europa eine neue Welt durchgesetzt. Es gibt aber alte Gegengewichte des Neuen, wie Udo di Fabio beschreibt, die wir in ihrer Heftigkeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Welt so nicht mehr erwartet hatten. Manche Menschen vertreten ihren Glauben und ihre Überzeugung in einer Art von Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. Solchen Vertretern einer konfrontativen Weltansicht darf man die Bühne nicht durch eine Gleichgültigkeit überlassen, die mit Toleranz verwechselt wird. Meinungsfreiheit zu achten heißt nicht, alles zu verstehen und akzeptieren zu müssen. „Die Grenze verläuft nicht zwischen Identitäten oder Kulturen, zwischen weißen und nichtweißen Menschen, nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen und nicht zwischen Flüchtlingen und Deutschen. Sie verläuft zwischen menschenfeindlichen Ideologien und zwischen freiheitlich-demokratischen Werten.“ (Ronya Othmann)

Es kann deshalb keine Akzeptanz von religiösen Bekenntnissen geben, die unter Inanspruchnahme von religiöser Authentizität Menschenrechte verletzen, allen Lippenbekenntnissen zum Trotz den Mann höher als die Frau achten, zu keiner praktischen Toleranz fähig sind und Menschen in die Knie zwingen, statt ihnen auf die Beine zu helfen!

Eine Religion, so schrieb der frühere Limburger Bischof Franz Kamphaus, sollte Gott verehren, aber nicht Gott spielen. Das gilt für alle Fundamentalisten und Letztbegründungs-Apologeten, wo immer sie sich aufhalten, ob sie nun amerikanische Evangelikale sind oder Angehörige islamistischer Strömungen oder Piusbrüder oder in ethnisch-nationalistischen Orthodoxien vertreten sind. Freiheitliche Gesellschaften müssen sich endlich gegenüber Gegnern freiheitlicher Ordnungen zur Verteidigung ihrer eigenen Werte aufmachen. Sie müssen Selbstbehauptungswillen zeigen, der sich den Grundlagen der eigenen Ordnung bewusst ist. Die Vielfalt der Kulturen fängt damit an, die eigene zu erkennen. In ihren Fehlern und Schwächen, aber auch in ihrer Kraft. Wer das nicht kann oder nicht will, der wird niemanden integrieren und in Vielfalt nicht glücklich leben können.

5 Gleichheit ist nicht gerecht, und Gerechtigkeit kann nicht Gleichmacherei sein

Freiheitliche Politik will die Grundlage für mehr und mehr Chancen für mehr und mehr Menschen legen. Chancen sind allerdings noch keine Garantien. Sie werden erst durch individuelle Anstrengungen zu konkreten Biographien. Wir kommen mit unterschiedlicher Mitgift auf die Welt, und wir leben ganz unterschiedlich in der Welt mit unseren Stärken, Schwächen und Fähigkeiten: Beides macht jeden Menschen einzigartig und eben auch einzigartig unterschiedlich in Stärken, Schwächen und Fähigkeiten.

Es ist daher dringend notwendig, Gerechtigkeitsrhetorikern entgegenzutreten, die Gerechtigkeit mit Gleichheit verwechseln. Wer die Pflege von Begabungen verhindert, macht nichts herrschaftsfreier. Er macht eine Gesellschaft kulturell und ökonomisch ärmer. Wenn eine freie und demokratische Gesellschaft sich von einer autoritären unterscheiden will, dann muss sie hervorgehobene Positionen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Religion vergeben, aber nicht unabhängig von Befähigung.

Gleichheit ist nicht gerecht, und Gerechtigkeit kann nicht Gleichmacherei sein, solange sich Menschen unterscheiden. Egalitarismus ist deshalb zutiefst ungerecht. Auch für Gerechtigkeit gilt ein sozialer Maßstab, und der besteht in der Ethik des Zusammenhangs zwischen Leistung und Verdienst. Was jemand nach klaren Spielregeln ohne Verletzung der anderen durch eigene Anstrengungen erworben hat, das muss ihm auch gegönnt werden (Rawls). Genau das ist gerade Gerechtigkeit gegenüber jedermann. Und deshalb ist das private Eigentum in einer liberalen Gesellschaft konstitutiv.

Zu der Überzeugung des Zusammenhangs von Leistung und Verdienst gehört aber auch, alle Menschen in die Lage zu versetzen, Leistung zu erbringen. Der Begriff der Chancengerechtigkeit wird mittlerweile oft bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt. Er taugt gut für Sonntagsreden. So richtig scheint aber keiner zu wissen, wie sie eigentlich erreicht werden soll. Dieser Analyse zum Trotz gehört die Vision einer chancengerechten Gesellschaft zum Kern des Liberalismus: Menschen müssen aus den Ketten ihrer Herkunft gelöst und befähigt werden, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Deshalb steht Bildung und lebenslanges Lernen bei uns im Zentrum der Politik.

6 Das Recht auf Bildung verpflichtet zur Verantwortung, sie auch zu nutzen

Es gibt Verlustängste in der Mitte der Gesellschaft und Selbstaufgabe in manchen sozialen Milieus. Es gibt Familien, deren Antriebsarmut bestürzend ist und die schlicht nicht wissen, wie man Kinder erzieht und seinen Lebensunterhalt bestreitet. Ein reiner Geldtransfer, oft begründet gegen die Widrigkeiten des geschmähten wirtschaftlichen Wettbewerbs, reicht da nicht. Die Steigerung der Sozialausgaben kann diesen Teufelskreis nicht durchbrechen. Die neuen sozialen Fragen sind nämlich auch Kulturfragen. Es geht um Defizite in Bildung und sozialen Kompetenzen.

Das Bürgerrecht auf Bildung gehört laut Ralf Dahrendorf nicht nur unter diesem Gesichtspunkt zu den modernen **civil rights**. Es sollte aber durch die, die es besitzen und es in Anspruch nehmen können, nicht vergeudet werden. Bildung ist unser Pass für die Zukunft. Sie ist der Ressourcenspender zu einem selbstbestimmten Leben. Ohne Bildung keine Chance, ohne Chance keine Wahl. Wer wenig weiß, der muss zu viel glauben.

Eine reine Steigerung der Bildungsausgaben reicht allein aber nicht aus, auch nicht mehr Unterricht oder neue Lehrpläne und die Zuständigkeitsdiskussion zwischen Bund und Ländern schon gar nicht. Es geht nicht um laute Innovationsgeräusche, wie mancher Bildungsgipfel sie erzeugt. Es geht um Lehrkräfte und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen vermittelt wird, aber auch um die Vermittlung von Haltungen, Werten und Einstellungen in der Schule und außerhalb.

Die Schule kommt in vielen Fällen viel zu spät, und der Satz von Pestalozzi „Die erste Unterrichtsstunde ist die Stunde der Geburt“ wird in Deutschland nur spärlich zur Kenntnis genommen. Dabei weiß doch jeder, dass, wenn man sein Hemd oben falsch knöpft, sich der Fehler bis unten fortsetzt. Wir wissen aus zahlreichen Studien: (Bildungs-)Armut wird vererbt. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, brauchen Kinder eine anregungsfreundliche Umgebung im häuslichen Bereich. Es gilt, ihre Stärken und Schwächen früh aufzuspüren und zu fördern. Kindern kann man nicht kündigen.

Für beides brauchen wir eine neue Wertschätzung. Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Familienhelfer müssen dabei mit ihrer ganzen Person hinter dem stehen, was sie vermitteln. Sie müssen den Heranwachsenden erklären können, warum das wichtig ist, was sie lernen und müssen sich versichern, dass es ankommt. Wer die Relevanz des Lernens begreift, der wird sich anstrengen. Nichts kommt voran ohne Anstrengung und die fortwährende Prüfung des eigenen Erfolgs. Leistungsbe-reitschaft ist keine Körperverletzung, sondern der Kern der Solidarität.

7 Wettbewerb verhindert unkontrollierte wirtschaftliche wie politische Macht

In Deutschland ist die Unkenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge bedenklich. Das ist besonders erschreckend in einem Land, das seinen Wiederaufstieg in den anerkannten Kreis der Staaten nach der größten Katastrophe in seiner Geschichte gerade über die soziale Marktwirtschaft erreichte. Die geschichtlichen Schleifspuren der Alternativen zur Marktwirtschaft zeigen, dass es Menschen dort, wo Wettbewerb und Markt aus politischen Gründen ausgeschaltet worden sind, nicht besser, sondern schlechter ergangen ist. Das Ausschalten des Marktes hat zu unkontrollierter wirtschaftlicher und politischer Macht geführt. Der Versuch, die soziale Freiheit gegen die persönliche auszuspielen, hat am Ende überall die persönliche Freiheit zerstört. Die angeblich von sozialer Gerechtigkeit nur so strotzende DDR ist wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen. Nicht die Treuhand hat das verursacht, sondern die erkennbare Ineffizienz in einer Staatswirtschaft hat die Produktivität zerstört und die soziale Sicherheit und Zukunftschancen vernichtet.

Marktwirtschaft ist kein kaltes Projekt, das nur nach unmoralischen Regeln spielt. Sie ist nicht nur Ökonomie. Sie ist nicht nur Wachstum. Sie ist kulturell die Wirtschaftsordnung einer freiheitlichen Gesellschaft. Sie ist durch ihre Spielregeln ein einzigartiges Programm gegen die Herausbildung unkontrollierter wirtschaftlicher wie politischer Macht – ein Entmachtungsprogramm! Das macht sie so stark. Wettbewerb und Konkurrenz sind Gewaltenteilungsbestandteile und eine wirtschaftliche Parallele zu dem, was Montesquieu als Gewaltenteilung für das gesamte Staatswesen entwickelt hat.

Für die FDP ist der Staat kein Nachtwächter. Er ist Regelsetzer und Spielleiter. Eine faire Wettbewerbsordnung ist nicht nur ein ökonomischer Imperativ. Fairness ist eine ethische Notwendigkeit. Die unbestreitbar wohlstandsfördernden Aspekte der Marktwirtschaft können nur gesichert werden, wenn das Marktgeschehen geordnet wird. Dass das Prinzip der Haftung zur Sorgfalt zwingt und prophylaktisch auch eine Verschleuderung von Kapital durch vorsichtiges Abtasten der Märkte verhindert, ist eine Binsenweisheit. Nur wenn Entscheidungen und Haftung eng beieinanderliegen, kann die Hoffnung berechtigt sein, dass derjenige, der die Entscheidung trifft, sich auch der Folgen bewusst ist und verantwortungsvoll handelt. Das alles praktizieren Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland jeden Tag. Wer wie sie mit eigenem Risiko und eigener Haftung Produkte herstellt oder Dienstleistungen anbietet, damit Arbeitsplätze sichert, seine Steuern zahlt und seine Familie ernährt, der wird in Deutschland aber eher von manchen selbsternannten Tribunalen als problematischer Fall behandelt.

Marktwirtschaftliche Überzeugung gehört deshalb völlig zu Recht zum normativen Profil liberaler Politik, genauso wie die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern, die Trennung der Gewalten, die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und das Recht auf Bildung. Wettbewerb darf kein kontaminiertes Wort in Deutschland sein, um den bequemen und veränderungswilligen Staatskunden eine Art moralischer Deckung zu geben.

Markt und Moral sind keine Gegensätze. Dass am Anfang des Kapitalismus die kaufmännische Tugend der Bescheidenheit, ja sogar die Askese in Erwartung des Erfolges stand, sollte nicht nur Lesern von Max Weber vertraut sein. Manche, die in den Märkten Verantwortung tragen, müssen sich wieder darüber klarwerden, dass ihre Integrität und ihr Verantwortungsbewusstsein und damit auch die ihrer Unternehmen die entscheidende Voraussetzung für die kulturelle Gründung der sozialen Marktwirtschaft ist.

8 Nachhaltigkeit wird durch Innovation erreicht

Niemand kennt die Zukunft. Aber eins wissen wir: Wer heute die Pferde nicht für morgen sattelt, muss übermorgen zu Fuß gehen. Es geht um einen vernünftigen Umgang mit Ungewissheit und einen Sinn für Realität. Der Klimawandel muss uns nicht Lebensraum nehmen. Der demographische Wandel muss uns nicht behäbig machen. Unsere Innovationsfähigkeit muss nicht sinken. Wir müssen nicht Standards durch Rohstoffknappheit verlieren. Megatrends wie Klimawandel, Demographie und Ressourcenknappheit können Energieeffizienz, ressourcensparende Produktionsprozesse und technologische Substitutionen hervorrufen.

Wir bleiben liberale Optimisten. Es droht keine Apokalypse. Wir müssen uns nicht mit Bedrohungsszenarien und deren vermeintlicher Unvermeidbarkeit abfinden. Wir müssen uns nicht von Chaospropheten beraten lassen, denen es zudem wie den Zeugen Jehovas geht, die den Weltuntergang schon mehrmals verschieben mussten, weil er partout nicht eintreten wollte. Die Frage ist, welche Stärken man braucht, um aus Risiken Chancen zu machen. Wer Erlösung sucht, muss beten, wer Lösungen sucht, muss lernen und arbeiten.

Es geht heute darum, Spielräume für die Zukunft zu schaffen. Es geht darum, den zukünftigen Generationen einen intakten und leistungsfähigen „Kapitalstock“ zu hinterlassen, auf dem diese dann ihre Entscheidungen für ihre Lebensqualität und ihre eigene Zukunft treffen können, schreibt Prof. Karl-Heinz Paqué. Teil dieses Kapitalstocks muss selbstverständlich die „Qualität der Umwelt sein, aber eben auch das erreichte Niveau des technologischen, ökonomischen und sozialen Wissens, der Bildungsstand, die öffentliche Infrastruktur, der Stand der Staatsschulden und das Niveau der Besteuerung, die zukünftige Generationen durch gegenwärtige politische Entscheidungen erben“. Deshalb muss die Politik aus dem Bodenturnen von vielen Ausgleichs- und Zuteilungsaktivitäten heraus. Wer keine Veränderungsbereitschaft zeigt, der wird auch wirklich Wertvolles und Wichtiges nicht bewahren können. Nur durch Anpassungsfähigkeit und Innovation erreichen wir Nachhaltigkeit.

9 Die Freiheit hat noch nicht gewonnen

Krisen kommen nicht sauber geordnet nacheinander, wie sich das ordentliche Deutsche immer wünschen. Vieles kann sich zu einer gefährlichen Chemie entwickeln: Einige – wie Umweltzerstörung und Flüchtlingsströme – haben schon erhebliche Ausmaße erreicht. Bedrohungen können nicht mehr allein auf die Absichten von Staaten zurückgeführt werden. Die neuen Bedrohungen kommen aus unterschiedlichen Richtungen, von Gruppen, die nicht an Ländergrenzen haltmachen. Und sie zielen weniger auf Staaten als auf Gesellschaften ab. Sie bedrohen deren Sozialvertrag.

Es haben leider noch nicht alle gelernt, dass es für Krieg und Gewalt keine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation mehr gibt. Sicherheitspolitik zählt in Europa aber gerade wenig. Es gibt ein bedenkliches Auseinanderklaffen zwischen der außenpolitischen Herausforderung Deutschlands und der innenpolitischen Debatte darüber. Zivilisatorische Haltung und Sinn für die substantielle Sicherheitspolitik schließen sich aber nicht aus. Man kann nicht die Freiheit vor der Haustür Europas untergehen lassen und erwarten, dass in Europa dann alles bleibt, wie es ist. Wegsehen ist kein ethischer Horizont. Albert Einstein bemerkte dazu, dass die Welt nicht nur von denen bedroht wird, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen. Demokratien brauchen Streitkräfte, die kämpfen können, sonst sind auch diplomatische Möglichkeiten wirkungslos.

Europa ist ein Zivilisationsprojekt, nicht nur ein Binnenmarkt. Es ist gerade deshalb aber auch eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Sie wird von der Idee getragen, dass Regeln einzuhalten sind. Sie erfordert europäische Loyalität. Mangelnde Vertragstreue fand bisher aber zu wenig Widerspruch.

Gerade weil wir uns aufeinander verlassen müssen, müssen wir auch ehrlich feststellen, dass bei der Aufnahme einiger Staaten die Kriterien der institutionellen Stabilität, der Achtung und der Schutz von Minderheiten, die Fähigkeit, Marktkräften standzuhalten und Verpflichtungen im Sinne der Gemeinschaft zu übernehmen, zu wenig beachtet wurden. Wichtig sind jetzt solide Haushalte und eine gesunde Leistungsbilanz. Es geht auch nicht nur ums Sparen. Es sind umfassende Strukturreformen, die notwendig sind und eine Verabschiedung vom „Pumpkapitalismus“ (Dahrendorf). Sie sind das Wachstumsinstrument, das gebraucht wird. Nur über sie werden die gegenwärtigen Problemländer wieder wettbewerbsfähig. Nur mit einem starken Zusammenhalt und gemeinsam geteilten Werten können wir globalen Herausforderungen entgegentreten. Abkapselungstaktik bringt uns nicht weiter.

10 Wofür stehen die Freien Demokraten in Hessen?

Hessen ist das Land der Mitte, geographisch wie politisch. Es verfügt über wirtschaftliche Stärke und Weltoffenheit und starke Regionen. Der Frankfurter Flughafen ist das Tor zur Welt. Die Metropolregion Rhein-Main, Westhessen, Osthessen, Mittelhessen, Starkenburg und Nordhessen – alle Regionen haben ihre spezifischen Stärken und Identitäten.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir wollen dieses Land mitgestalten und dabei die Herausforderungen der Zukunft angehen. Denn die Zeit drängt! Wir Freien Demokraten wollen für eine stabile Finanzpolitik, eine kluge Wirtschaftspolitik, eine vorausschauende Verkehrspolitik und gute Bildungspolitik streiten. Und wir werden weiter für die Freiheit jedes einzelnen kämpfen. Es geht aber nicht allein um fachliche Aussagen, auch auf vielen anderen Gebieten. Es geht auch um Grundsätzliches und eine Ansprache, die die Menschen in Hessen verstehen. Und es geht um wichtige Weichenstellungen in einer schwierigen Zeit. Drei Jahre Pandemieerfahrung haben ihre Spuren hinterlassen. Der Krieg in der Ukraine lässt viele mit großer Sorge in die Zukunft blicken.

Es gibt Wettbewerber, die davon überzeugt sind, dass durch Abschaffung des Marktes und mehr Staat in allen Lebensbereichen die Verhältnisse verbessert werden. Auf der anderen Seite glauben wiederum andere, den Herausforderungen der Zeit durch ethnisch-kulturelle Abschottung zu entkommen. Die Ergebnisse solcher Politik können weltweit beobachtet werden. Entweder enden sie in Armut oder in Unterdrückung – und in manchen Fällen führen sie zu beidem.

Wir Freien Demokraten sind Gegner der Entwicklung von Fluchtburgen, auf deren Mauern Kurzsichtige Wache halten. Nur wer offen dafür ist, dass auch alles ganz anders kommen kann, ist in der Lage, Chancen zu nutzen.

Der Moralphilosoph Otfried Höffe identifiziert fünf Dimensionen von Werten – sie sind wie gemacht für Freie Demokraten in ihrem Dialog mit den hessischen Bürgerinnen und Bürgern:

- Erstens wollen die Menschen auch in liberalen Demokratien zunächst überleben. Die entsprechende Wirtschafts- und Arbeitswelt begründet folglich die erste, die ökonomische Dimension von Werten. Dazu gehören Arbeitswille, Leistungsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit, Sensibilität sowie Kreativität und vorab die Bereitschaft, eine Berufskompetenz sowohl zu erwerben als auch fortzubilden. Das alles ist Dahendorfs Tugendkatalog der Freiheit: Lernen und individuelle Mühe!
- Zweites erkennen alle Gesellschaften eine politisch-soziale Wertedimension an. Eine Rechtsordnung, die auf den Menschenrechten gründet, ersetzt eine willkürliche Konfliktlösung. Wir sind das, was wir tun. Vor allem aber sind wir gerade das, was wir nicht tun. Wir Freien Demokraten nennen das Zivilisiertheit.
- Drittens haben die Bürger das Recht, nach eigenem Wunsch und Willen ihr Glück zu suchen. Werte sind Besonnenheit, Kritikfähigkeit, Klugheit, Welt- und Selbstvertrauen, Selbst- und Fremdachtung sowie Kooperationsfähigkeit. Wir Freien Demokraten sagen dazu Biographie-Kompetenz.

- Viertens findet eine Gesellschaft ihren Zusammenhalt über ihre Sprache, über Wissenschaft und Philosophie sowie nicht zuletzt über Musik, Kunst und Architektur. In einer funktionierenden Bürgergesellschaft spielt auch die (staats-)bürgerliche Freundschaft eine wichtige Rolle. Wir Freien Demokraten nennen das Lebensart.
- Fünftes stehen im Zeitalter der Globalisierung kosmopolitische bzw. Weltbürgerwerte im Vordergrund, die zu einer entsprechenden globalen Rechts- und Friedensordnung führen. Freie Demokratische Außenminister nannten das immer die Balance von Macht und Moral, von Verantwortung und Interesse, von nationalen Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen.

Was heißt das alles konkret für Hessen und die aktuellen politischen Herausforderungen in unserem Land?

Es geht um unseren Wohlstand – Hessens Wirtschaft stärken

In unserem Land sollen alle Menschen die Chance haben, ihr Leben eigenständig zu gestalten. Das setzt eine starke Wirtschaft, aber auch die Leistungsbereitschaft jedes einzelnen voraus. Die Politik hingegen muss die Voraussetzungen schaffen, damit Menschen von dem, was sie erwirtschaften, auch gut leben können. Die hohe Inflation bedroht diesen Grundsatz. Mit Geldwertstabilität durch eine gute Politik der Zentralbanken sowie eine Abkehr von politischen Umverteilungsphantasien und immer mehr Bürokratie müssen wir sie ökonomisch klug bekämpfen. Zu einer verantwortlichen Finanzpolitik gehört auch, dass wir so bald wie möglich wieder die Schuldenbremse einhalten – nicht aus Prinzipienreiterei, sondern aus Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen.

Wir haben in den letzten Jahren Krisen erlebt, in denen wir wenig agieren konnten und viel reagieren mussten. Beim Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel hingegen haben wir die notwendigen Instrumente in der Hand. Wir brauchen in Hessen wie in Deutschland ein modernes Einwanderungsrecht, das den Menschen in unserem Land Perspektiven ermöglicht. Im Wettkampf um die besten Köpfe konkurrieren wir mit vielen anderen Staaten. Wir müssen Menschen davon überzeugen, dass Hessen ein wunderbares Land für sie und ihre Familien ist.

Wirtschaftlicher Erfolg hängt immer auch mit Mobilität zusammen. Hier gibt es keine **One-size-fits-all**-Lösung. Es ist eine Binsenweisheit, die weiterhin zu wenig Beachtung findet: Wer in der Stadt wohnt, kann das Fahrrad nehmen und fordert zu Recht, dass er dabei sicher von A nach B kommt. Wer außerhalb wohnt und im Schichtdienst arbeitet, ist auf das Auto angewiesen und verlangt, dass Autofahren bezahlbar bleibt. Den Menschen die Entscheidungsfähigkeit über die Gestaltung ihres Lebens zu übergeben heißt also auch, ihnen ein für ihre Lebensrealität passendes Mobilitätsangebot zu machen.

Chancen durch Bildung – Frühförderung und gute Schulpolitik in Hessen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Der Grundstein einer erfolgreichen Bildungsbiographie wird in den Kindertagesstätten gelegt: Sie gehören zu den wichtigsten Bildungseinrichtungen, denn bei den Kleinsten können wir die größten Veränderungen erwirken. Wir brauchen ausreichend Plätze statt Mangelverwaltung, exzellente Erzieherinnen und Erzieher statt einer Absenkung von Anforderungen und individuelle Förderung von der Kita an – vor allem beim Spracherwerb.

Neben den Kindertagesstätten muss ein Schwerpunkt auf den Grundschulen liegen. Studien machen deutlich: Die Kompetenzwerte bei Grundschulkindern sinken, während sich soziale Unterschiede weiter verstärken. Das ist weder volkswirtschaftlich hinnehmbar noch gerecht. Wir brauchen eine Offensive für die Grundschulen und Wertschätzung für Lehrkräfte, die dort täglich für mehr Chancengerechtigkeit und eine gute Bildung unserer Kinder eintreten. Bereits in der Grundschule können und müssen wir Kinder altersgerecht an Fragen von Ethik und kritischem Denken heranführen, damit unsere Gesellschaft nicht aus den Fugen gerät.

Wir halten nichts von der Einheitsschule, wir wollen die beste Förderung für jede Schülerin und jeden Schüler. Sie stehen für uns im Fokus, und keine überholten Strukturdebatten.

Mit mehr MINT und ökonomischer Bildung wollen wir unsere Schülerinnen und Schüler zukunftsfit machen. Eine gute Berufs- und Studienorientierung bekämpft nicht nur den Fachkräftemangel, sie ermöglicht es Jugendlichen, selbstbestimmte Entscheidungen über die eigene berufliche Zukunft zu treffen. So nutzen wir unsere Talente.

Was uns antreibt: Die Freiheit jedes einzelnen

Eine offene Gesellschaft kommt ohne eine bestimmte Lebensart nicht aus. Kunst und Kultur bieten Menschen Freiräume, um sich entfalten zu können. Für uns haben dabei alle Kulturformen ihre Berechtigung – Staatstheater und Technoclubs, Heimatmuseen und Kulturfestivals. Um allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen, müssen niedrigschwellige Angebote ausgebaut werden. Die **New York Public Library** macht vor, wie es geht: Sie verzichtet vollständig auf Gebühren, damit alle Menschen die Angebote nutzen können.

Die Bedrohungen unserer Demokratie durch Extremisten jeder Art beobachten wir mit großer Sorge – auch in Hessen. Wir sind davon überzeugt: Der Weg hin zu einer freiheitlichen Gesellschaft ist keine Einbahnstraße. Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder verteidigt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Menschen anhand ihrer Herkunft zu unterscheiden widerspricht dem Liberalen. Gegen Diskriminierung stehen wir daher immer und überall ein. Wir wissen aber auch: Eine vielfältige Gesellschaft zu gestalten ist eine gemeinsame Kraftanstrengung. Hier sind alle aufgefordert, mitzuarbeiten. Dazu gehört, unseren Rechtsstaat wehrhaft zu halten, mit einer modernen Justiz und einer gut ausgestatteten Polizei. Übertriebener **Law and Order**-Politik widersprechen wir ebenso wie rechtsfreien Räumen.

Zur Freiheit der Menschen gehören auch die Eckpfeiler individueller Freiheit wie das Eigentum. Mehr Menschen ein Leben im Eigentum zu ermöglichen ist für uns keine Frage der Bequemlichkeit, sondern eine Freiheitsfrage. Ständig neue Eingriffe in das Eigentum und gutgemeinte Regulierung, die oft das Gegenteil bewirkt, wird es mit uns nicht geben.

Mut, Entschlossenheit und Zuversicht – Aufruf an die Liberalen

Wir wenden uns an alle, für die die Zukunft aus Chancen besteht, nicht aus Risiken. Für die Vielfalt Reichtum bedeutet, nicht Bedrohung.

An alle, die die Freiheit bewegt, die mit Freiheit etwas bewegen wollen, für die Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Kreativität wichtige Werte sind.

An alle, die ihre Lebensziele und Lebensstile selbstbestimmt wählen und die Lebensziele und Lebensstile anderer respektieren.

An alle, die über die Zukunft unserer Gesellschaft nachdenken, eigene Ideen verwirklichen wollen und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

An alle, die für Werte einstehen, die die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft ausmachen.

Freiheit bringt Probleme mit sich, aber sie können nur mit Freiheit gelöst werden. Lasst uns deshalb mit Mut und Entschlossenheit Kulturen der Unbedingtheit entgegentreten und die Zukunft Hessens zuversichtlich gestalten.

Die Autoren

© Frank Nürnberg



Dr. Wolfgang Gerhardt

geboren am 31. Dezember 1943 in Ulrichstein-Helpershain. Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst und stellvertretender Ministerpräsident 1987 bis 1991; Bundesvorsitzender der FDP 1995 bis 2001; Mitglied des Deutschen Bundestages 1994 bis 2013; Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion 1998 bis 2006; Ehrenvorsitzender der FDP Hessen.

© FDP Hessen



Dr. Stefan Naas MdL

Stellvertretender Vorsitzender der Freien Demokraten im Hessischen Landtag und Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2023; Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen des Hessischen Landtags; Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Kreistag Hochtaunus; Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Landeswohlfahrtsverband Hessen.

Herausgeber:

Freie Demokraten Hessen
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden

www.fdp-hessen.de

Stand: April 2023

Titelmotiv:

© Freie Demokraten im Hessischen Landtag

